

## Offener Brief

Herrn Oberbürgermeister  
Michael Ebling

und

Herrn Günter Beck,  
Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Stadthaus Große Bleiche  
Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1  
55116 Mainz

Übergeben am Montag, den 20.06.2022, 16.30 Uhr beim „MARCHE DES PARAPLIUES“ zum Weltflüchtlingstag

Mainz, den 20.06.2022

### **Nächste Schritte für eine menschliche Flüchtlingspolitik ohne Rassismus in Mainz**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ebling, sehr geehrter Herr Günter Beck,

in den vergangenen Wochen wurden insbesondere für geflüchtete Ukrainer:innen viele Hürden abgebaut, um ihnen ein gutes Ankommen hier zu ermöglichen. Wir begrüßen diese Offenheit und Hilfsbereitschaft. Deutlich wurde auch in Mainz, dass viel an Integrationshilfen z. B. auf Ämtern, möglich ist, wenn der politische und gesellschaftliche Wille dafür da ist. Die dabei entstandene Schiefelage zu Flüchtlingen aus anderen Ländern ist dadurch abzubauen, dass diese Entwicklungen für alle Flüchtlinge in Mainz übernommen werden. Denn das Recht auf Asyl ist ein universales Menschenrecht und muss für alle Schutzsuchenden gleichermaßen gelten!

Wir bitten Sie als Oberbürgermeister und als zuständigen Dezernenten für die Ausländerbehörde und Sie Herr Beck als Stellvertreter des Oberbürgermeisters zusammen mit dem Sozialdezernenten und den anderen zuständigen Dezernenten in Mainz und mit dem Stadtrat sich insbesondere für folgende Punkte einzusetzen:

- Bau von Sozialwohnungen (auch mit dauerhafter Belegungsbindung) für alle Personen mit niedrigem Einkommen inklusive der betroffenen Flüchtlinge.  
2000 Flüchtlinge leben in Mainz in Flüchtlingsnotunterkünften auf engstem Raum, z. B. in der Housing Area und in der Wormserstr. Oft steht Ihnen pro Person nur 5-7 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung plus Küchen-, Duschen und Toilettenmitbenutzung. Wir brauchen deshalb ganz dringend Wohnraum.

- Ein mittelfristiges Programm zur Auflösung der Flüchtlingsnotunterkünfte durch die Stadt Mainz und zur Förderung und Finanzierung von Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen.
- Zugangs- und Ermessensverbesserungen, Sprachmittler:innen und Bürokratieabbau in den Ämtern und den Einbezug der Zivilgesellschaft als Kooperationspartner.
- Stabile WLAN-Verbindungen in den Flüchtlingsnotunterkünften für alle. Wir begrüßten die politische Entscheidung der Stadt Mainz seit Anfang 2021 WLAN in den Flüchtlingsnotunterkünften einzurichten, jedoch hinkt es mit der Umsetzung. Es rächt sich, dass es keine Top-Down-Projektsteuerung gibt, die alle zuständigen Ämter und stadtnahen Gesellschaften einbinden kann.

Als Vorsitzender des Vorstandes des Städtetages Rheinland-Pfalz bitten wir Sie, Herr Ebling, sich mit ihren Dezernent:innen in den anderen Landesgremien der kommunalen Spitzenverbände für die Diskussion und für konkrete Beschlüsse zu den Forderungen des Aufrufes „Keine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen! Für eine menschliche Flüchtlingspolitik ohne Rassismus!“ des Flüchtlingsrats Rheinland-Pfalz, von civi kune und dem Initiativausschuss für Migrationspolitik, den wir unterstützen, einzusetzen. Einiges, wie die elektronische Gesundheitskarte ist in Mainz schon umgesetzt. Mainz als Landeshauptstadt, die Städte, Gemeinden und Landkreise in Rheinland-Pfalz können aber noch mehr, so unsere Überzeugung.

Wir bitten um ein Gespräch mit Ihnen und freuen uns mit Ihnen Ihre und unsere Vorstellungen zu besprechen.

Mit freundlichen Grüßen  
für den Mainzer Flüchtlingsrat

Friedrich Vetter